DIE LINKE. Sachsen
3. Tagung des 15. Landesparteitages 10. Oktober 2020

D. Dringlichkeitsantrag

D.3. Die Häuser denen, die darin wohnen - Solidarität mit den Bewohner*innen der Liebig 34!

Einreicher*innen: Andrea Kubank, Michael Neuhaus, linksjugend [ˈsolid] Sachsen

---

Der Landesparteitag der LINKEN Sachsen möge folgendes beschließen:

DIE LINKE. Sachsen verurteilt die Räumung der Liebig 34 und den unverhältnismäßigen Polizeieinsatz, durch den mitten in Anstieg der Covid-90 Pandemie nicht nur mehr als 50 Menschen Obdachlos und damit verstärkt gefährdet wurden, sondern auch noch mehr als 1900 Polizist*innen und Demonstrierende in Gefahr gebracht wurden.

Wir solidarisieren uns mit den Bewohner*innen und Aktivist*innen des anarcha-queer-feministischen Wohn- und Lebenskollektiv Liebig34 und stehen klar an der Seite der von Zwangsräumung und Entmietung Betroffenen.

Wir fordern deshalb:

- ein Umdenken in der Wohnungs- und Mietenpolitik weg von Kapitalinteressen hin zu den Interessen der Bewohner*innen
- die Rückgabe des Objektes Liebig34 und die Sicherung des Projektes als Eigentum der Bewohner*innen
- keine weiteren Zwangsräumungen von linksalternativen Hausprojekten, egal ob in Berlin, Sachsen oder wo auch immer
- die Förderung und den Erhalt von alternativen Räumen

Begründung:

Im Jahr 2008 wurde die Liebig 34 von dem Immobilieninvestor Gijora Padovicz gekauft. Den Spottpreis von knapp 600 000€ hatte dieser bereits nach zehn Jahren fast wieder drin. Seit dem Kauf haben die Bewohner*innen nämlich ca. 580 000€ bezahlt. Nach einem langjährigen Gerichtsstreit entschied das Gericht, dass die Bewohner*innen das Haus verlassen müssten. Am 09. Oktober erfolgte dann die Räumung der Liebig 34 mittels eines massiven Polizeigroßaufgebots. Mehr als 1500 Polizist*innen waren im Einsatz, wobei es zu massiver Polizeigewalt gegen Protestierende kam.

Als LINKE lehnen wir ein System, dass Mietraum in erster Linie als Ware begreift ab. Wir stellen die Bedürfnisse der Menschen in den Vordergrund und stehen an der Seite von Menschen, die durch eine Politik bedroht sind, welche Eigentum besser schützt als Menschen.

Begründung Dringlichkeit:

Erfolgt mündlich

Entscheidung des Landesparteitages: